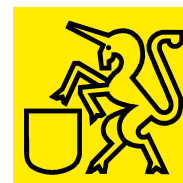


10. Sitzung des Gemeinderates

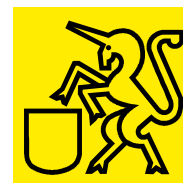
Datum, Zeit	Montag, 28. September 2015, 19:00 bis 20:50 Uhr
Ort	Saal reformiertes Kirchgemeindehaus ReZ
Vorsitz	Jacqueline Hofer (SVP), Gemeinderatspräsidentin
Anwesend	36 Gemeinderatsmitglieder
Entschuldigt abwesend	Eveline Bucherer Romero Daniel Burkhardt Paul Steiner Hans-Felix Trachsler Stadtrat Lothar Ziörjen Stadtrat Martin Bäumle Stadtrat André Ingold (anwesend ab Traktandum 2)
Protokoll	Beatrix Peterhans, Gemeinderatssekretärin
Stimmzähler	Barbara Schori: Bereich SVP Gabriela Dunst: Bereich Mitte inkl. Bürotisch Angelika Murer Mikolasek: Bereich glp/GEU und SP/Grüne
Weibeldienst	Leopoldo Putorti

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Protokollgenehmigung der 9. Sitzung vom 6. Juli 2015
3. Postulat Gaby Gossweiler (FDP), Daniel Brühwiler (glp/GEU) und 8 Mitunterzeichnende "So-fortmassnahmen zur Steigerung der Verkehrssicherheit" / Abschreibung GR Geschäft 168/2008
4. Postulat Hans Baumann (SP/Grüne) und Patrick Walder (SVP) "Budgetierung von Steuerein-nahmen" / Abschreibung GR Geschäft Nr. 70/2011
5. Interpellation Marcel Berli (SVP) "Zürcher Gastronom übernimmt Obere Mühle - 15-Gault-Millau-Punkte. Aus dem bisherigen Café soll eine Wirtschaft werden" / Beantwortung GR Geschäft Nr. 33/2015
6. Interpellation Daniel Griesser (SVP) "Reinigung Grüngutbehälter" / Beantwortung GR Geschäft Nr. 48/2015



7. Postulat Orlando Wyss (SVP) "Kündigungen Postfächer Dübendorf" / Begründung und Überweisung
GR Geschäft Nr. 64/2015
8. Teilrevision der Sonderbauvorschriften für das Gebiet Giessen / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 59/2015
9. Bürgerrechtsgesuche:
 - 9.1. Mamudov Albert, mazedonischer Staatsangehöriger, und Mamudov Jasmina, montenegrische Staatsangehörige, sowie die Kinder Elisa und Eldin, Grundstrasse 14, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 50/2015
 - 9.2. Radisavljevic Dane, serbischer Staatsangehöriger, Langhagweg 7, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 51/2015
 - 9.3. Wojtan Leszek, polnischer Staatsangehöriger, Alpenstrasse 58, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 52/2015
 - 9.4. Teixeira de Moura Patricia, brasilianische Staatsangehörige, Seidenstrasse 30, Wallisellen / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 53/2015
 - 9.5. Dauban Antoine und Céline, französische Staatsangehörige, Obere Geerenstrasse 16a, Gockhausen / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 54/2015
10. Ersatzwahlen:
 - 10.1. Ersatzwahl eines Mitglieds der GRPK (Austritt Pascal Scattolin)
GR Geschäft Nr. 66/2015
 - 10.2. Ersatzwahl eines Mitglieds der KRL (Austritt Sandro Bertoluzzo)
GR Geschäft Nr. 67/2015
 - 10.3. Ersatzwahl eines Mitglieds der GRPK (Wechsel Steven Sommer mit Reto Steiner)
GR Geschäft Nr. 72/2015
 - 10.4. Ersatzwahl eines Mitglieds der KRL (Wechsel Reto Steiner mit Steven Sommer)
GR Geschäft Nr. 73/2015
11. 1. Fragestunde im Amtsjahr 2015/16



1. Mitteilungen

Mitteilung der Gemeinderatspräsidentin

Gemeinderatspräsidentin Jacqueline Hofer (SVP) begrüsst die Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtrates sowie die Medienvertreter und das Publikum zur zehnten Sitzung der Legislaturperiode 2014-2018. Sie orientiert, dass die Einladung zur Sitzung mit der Traktandenliste rechtzeitig versandt und im Glattaler als amtliches Publikationsorgan veröffentlicht wurde.

Es werden keine Einwände gegen die Reihenfolge der Traktanden erhoben.

Die Gemeinderatspräsidentin teilt mit, dass sie sich gefreut habe, viele der Mitglieder des Gemeinde- und Stadtrates vor gut einer Woche am Gemeinderatsausflug begrüssen zu dürfen. Alle, die dabei waren, erinnert sie an die Vorführung mit dem Kunstrad von Yannick Martens. Für Interessierte liegen Autogrammkarten von ihm auf. Ebenfalls teilt die Ratspräsidentin mit, dass sie als gebürtige Dübendorferin - wie bei ihrer Antrittsrede angekündigt - ihr Amtsjahr unter das Zeichen des Einhorns stellt. Aus diesem Grund steht auch das von der Kinder- und Jugendarbeit eigens für den diesjährigen Gentlemen Grand Prix angefertigte Einhorn heute vorne auf der Bühne.

Neue Geschäfte seit dem 6. Juli 2015

Der Stadtrat hat folgende neuen Geschäfte überwiesen:

- Kreditantrag für die Weiterführung des Dübi-Awards für die Jahre 2015-2017
- Kreditantrag für den Verein Kino Orion für einen jährlichen Unterstützungsbeitrag von Fr. 50'000.00, beschränkt auf die Jahre 2016 und 2017

Diese Geschäfte werden derzeit durch die GRPK vorberaten.

Bei der KRL ist kein neues Geschäft eingegangen.

Folgender politischer Vorstoss ist neu beim Ratsbüro eingegangen:

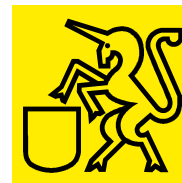
- Postulat Orlando Wyss (SVP) „Kündigungen Postfächer Dübendorf“

Die Behandlung erfolgt an der heutigen Sitzung.

Fraktions- und persönliche Erklärungen

Fraktionserklärung Patrick Walder (SVP)

„In unserer Fraktionserklärung möchten wir kurz auf die Initiative „Keine Zivilaviatik in Dübendorf“ zu sprechen kommen. Über deren Inhalt werden wir noch diskutieren können. Nur so viel sei schon heute gesagt: Wir erachten es als äusserst fragwürdig, wenn mit einer kommunalen Initiative der Bevölkerung vorgegaukelt wird, dass mit dieser Initiative etwas gegen die zivile Aviatik in Dübendorf erreicht wird. Selbstverständlich sollen aber auch solche trügerischen Initiativen erlaubt und möglich sein. Jedes Komitee muss selber wissen, wie weit es die Bevölkerung hinters Licht führen möchte. Wie aber eingangs erwähnt, werden wir für diese Diskussion noch genügend Gelegenheiten haben. Was uns aktuell am meisten stört, ist, dass man im Initiativkomitee den Namen eines Stadtrates von Dübendorf findet. Dieser Stadtrat wird im Komitee nicht einmal als Stadtrat ausgewiesen, sondern lediglich als Nationalrat. Die Initianten waren sich anscheinend bewusst, dass dies eher problematisch ist und haben auch hier nicht die ganze Wahrheit aufgezeigt. Selbstverständlich wissen wir, dass es legal ist, wenn Stadträte in kommunalen Initiativ-Komitees sind. Wir wissen aber auch, dass man gegenüber Initiativen, oder eben dem Volksbegehren, etwas mehr Respekt zeigen sollte. Das Volksbegehren sollte von der Bevölkerung oder von Parteien ergriffen werden können, aber sicher nicht von unseren Stadträten. Gerade dann nicht, wenn diese Stadträte das Amt als Berufspolitiker ausüben und somit den Inbegriff der Classe Politique eins zu eins widerspiegeln. Ein solches Verhalten widerspricht absolut unserem Staatsverständnis, welches die Bevölkerung als Souverän, das



Parlament als gesetzgebende Instanz und die Exekutive lediglich als Befehlsempfänger definiert. Wie oben bereits erwähnt: Wir wissen, das Vorgehen ist absolut legal. Aber nur weil es legal ist, sollte es trotzdem nicht ausgenützt werden. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die SVP-Fraktion ist gespannt, wann der erste Stadtrat in Dübendorf eine Einzel-Initiative ans Parlament richtet. Auch dies wäre absolut legal, aber Sie müssen mir zustimmen, es wäre doch etwas gar speziell! Mit dieser Komitee-Besetzung wurde in Dübendorf zum zweiten Mal ein Novum gebrochen. Ich hoffe im Sinne der Demokratie, dass es das letzte Mal gewesen ist.“

2. Protokollgenehmigung der 9. Sitzung vom 6. Juli 2015

Zum Protokoll der Sitzung vom 6. Juli 2015 sind bei der Gemeinderatspräsidentin keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit, in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung des Gemeinderates, genehmigt.

3. Postulat Gaby Gossweiler (FDP), Daniel Brühwiler (glp/GEU) und 8 Mitunterzeichnende "Sofortmassnahmen zur Steigerung der Verkehrssicherheit" / Abschreibung GR Geschäft 168/2008

Gemeinderatspräsidentin Jacqueline Hofer (SVP) erklärt den Grund für die Traktandierung des Geschäfts: „Zusammen mit dem Geschäftsbericht 2014 hat der Stadtrat beantragt, folgende zwei Postulate abzuschreiben:

- „Sofortmassnahmen zur Steigerung der Verkehrssicherheit“ von Gaby Gossweiler (FDP), Daniel Brühwiler (glp/GEU) und 8 Mitunterzeichnenden
- „Budgetierung von Steuereinnahmen“ von Hans Baumann (SP/Grüne) und Patrick Walder (SVP)

Der Gemeinderat hat den Geschäftsbericht 2014 an der Sitzung vom 6. Juli 2015 genehmigt und kann somit über die Abschreibung oder Aufrechterhaltung der Postulate entscheiden.

Die Ratspräsidentin weist darauf hin, dass solche Abschreibungen zukünftig zusammen mit der Genehmigung des Geschäftsberichts an der gleichen Sitzung gemacht werden.

Allgemeine Diskussion

Theo Johner (BDP)

„Ich will anmerken, dass wir im Geschäftsbericht 2014 einen Antrag auf Abschreibung der beiden Postulate hatten. Wir haben den Geschäftsbericht genehmigt und somit sind beide Postulate bereits abgeschrieben. So wurde dies bis anhin immer gehandhabt.“

Gemeinderatspräsidentin Jacqueline Hofer (SVP)

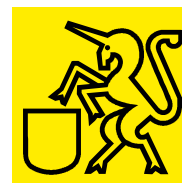
„Wir haben dies intern im Büro besprochen und der Punkt wurde auch abgeklärt. Ich nehme es aber gerne so zur Kenntnis.“

Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates auf Abschreibung des Postulats mit 33 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Das Postulat von Gaby Gossweiler (FDP), Daniel Brühwiler (glp/GEU) und 8 Mitunterzeichnenden „Sofortmassnahmen zur Steigerung der Verkehrssicherheit“ wird abgeschrieben.



**4. Postulat Hans Baumann (SP/Grüne) und Patrick Walder (SVP) "Budgetierung von Steuereinnahmen" / Abschreibung
GR Geschäft Nr. 70/2011**

Allgemeine Diskussion

Keine.

Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates auf Abschreibung des Postulats mit 35 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Das Postulat von Hans Baumann (SP/Grüne) und Patrick Walder (SVP) „Budgetierung von Steuereinnahmen“ wird abgeschrieben.

**5. Interpellation Marcel Berli (SVP) "Zürcher Gastronom übernimmt Obere Mühle - 15-Gault-Millau-Punkte. Aus dem bisherigen Café soll eine Wirtschaft werden" / Beantwortung
GR Geschäft Nr. 33/2015**

Stellungnahme

Marcel Berli (SVP)

„Zuerst bedanke ich mich beim Stadtrat für die ausführlichen Antworten auf meine Interpellation. Sehr enttäuscht bin ich jedoch, dass fünf von elf Fragen teilweise gar nicht und eine Frage nicht wahrheitsgemäss beantwortet wurden. Darum möchte ich kurz auf fünf wichtige Punkte für die breite Öffentlichkeit eingehen.

Punkt 1

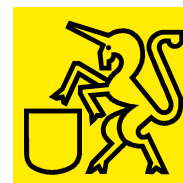
Die Verantwortlichkeit von baulichen Vorschriften und Auflagen liegt für eine Betriebsbewilligung nicht nur beim Gastronomiebetreiber, sondern auch bei der Eigentümerin der Liegenschaft. In diesem Fall bei der Stadt Dübendorf. Es geht auch nicht, wie es vom Stadtrat immer wieder erläutert wird, um das Lebensmittel-Inspektorat, sondern, wie in meinen Fragen 8 und 9 klar formuliert, um die Baudirektion des Kantons Zürich betreffend betrieblichem Umweltschutz. Diese Bewilligungen sind erst durch das neue Betriebskonzept (allabendliche Betriebs- und Öffnungszeiten, nicht für den Vereinsbedarf) nötig und liegen daher, wie es in der Antwort 9 richtig beantwortet wurde, auch nicht vor.

Punkt 2.

Wenn der Stadtrat in den öffentlichen Antworten die Verantwortung auf die Stiftung Obere Mühle schiebt, dann möchte ich fairerweise hier festhalten, dass damit diese Verantwortung immer noch bei den gleichen Personen, nur in anderen Funktionen, bleibt. Diese sitzen übrigens auch hier bei uns im Rat. Denn im verantwortlichen Stiftungsrat sitzt unser Stadtpräsidium genauso ein, wie das GRPK-Präsidium und vereinzelt Parlamentarier. Und genau aus diesem Grund, geschätzte Ratskolleginnen und -kollegen, muss es doch eigentlich in unserem Interesse sein, dass solche Fragen endlich seriös beantwortet, aufgearbeitet und, wenn möglich, danach als erledigt betrachtet werden können.

Punkt 3

Der Verein „movein“ war zwar der Auslöser für den damaligen Kreditantrag. Gemäss Antwort vom Stadtrat sind aber in Antrag und Weisung (GR-Nr. 157/2012) die Betreiber unabhängig formuliert und auch so vom Gemeinderat genehmigt worden. Dieser Antwort stelle ich nun die erwähnte Weisung vom 24. Mai 2012 gegenüber und erinnere den Stadtrat gerne an den Punkt „Bisheriges Vorgehen und Beschlüsse“ auf Seite 3.



Punkt 3.1

Der Stadtrat bekennt sich mit Diskussionsgeschäft „SRB 12-127“ vom 12. April 2012 gleichzeitig zu einem eigenständigen Gastrobetrieb in der Oberen Mühle, geführt durch den Verein „movein“. Jetzt, meine Damen und Herren, frage ich mich, wer schreibt die Antworten für den Stadtrat? Werden sie überhaupt gelesen oder geprüft? Oder einfach nur unterschrieben? Denn diese Antwort entspricht belegbar schlichtweg nicht der Wahrheit.

Punkt 3.2

Erst recht nicht, wenn zu Beginn der Weisung noch explizit in einem ganzen Abschnitt über den Zweck des Vereins für Arbeitsplatzbeschaffung für arbeitslose Jugendliche und Erwachsene geschrieben wird und der Nutzen des Vereins für dieses Projekt sehr gross ist und im öffentlichen Interesse steht. Mit solchen Begründungen, die offiziell in der Weisung stehen und von uns noch hinterfragt wurden, hat man uns damals überzeugt, diesem Kredit zuzustimmen. Es geht hier nicht um das Café Obere Mühle oder darum, welcher Gastronom es auch immer betreibt. Im Gegenteil, auch ich geniesse die Verpflegung bei Veranstaltungen in der Oberen Mühle mit Freude. Hier geht es um die Aufsichtspflicht des Stadtrates und die Art und Weise wie der Stiftungsrat Obere Mühle diesen Verpflichtungskredit erhalten, aber nicht so umgesetzt hat, wie er es sollte. Mehrere GRPK-Mitglieder hätten diesen Verpflichtungskredit mit dem heutigen Wissensstand dem Rat sicher nicht zur Annahme empfohlen. Durch die neue, heutige Betriebsform mit den geänderten Öffnungszeiten, was für uns damals entscheidend war, werden heute somit folgende betriebliche Auflagen nicht mehr erfüllt (*zeigt diese auf PowerPoint-Präsentation*).

Punkt 4

Der Abluftvolumenstrom der Lüftungsanlage hat weniger als 1'000 m³/h anstelle der neu notwendigen 3'000 m³/h. Eine Vorschrift, die jeder Gastronomiebetrieb im ganzen Kanton Zürich einhalten muss. Dadurch fehlt auch die vorgeschriebene Wärmerückgewinnung für den Gastraum. Die Abluft der Küche ist gemäss Kreditantrag richtigerweise nur für max. 500 Betriebsstunden ausgelegt und bis zum Dachstock bewilligt und auch ausgeführt worden. Dies hätte nur für die abendlichen Veranstaltungen und den Mittagsbetrieb, wie es uns versprochen wurde, ausgereicht. Doch durch das neue Betriebskonzept mit den offiziell angeschlagenen Öffnungszeiten, liegen wir heute bei mindestens 1'800 wenn nicht sogar deutlich über 2'000 Betriebsstunden pro Jahr. Heute fühlen sich die damals kritisch eingestellten Ratsmitglieder wegen genau dieser neu allabendlichen Öffnungszeiten schlichtweg hintergangen. Gleichzeitig hat die Stadt in ihrer eigenen Liegenschaft nun ein grösseres Problem. Die erwähnten Betriebsauflagen können so gar nicht eingehalten werden. Die Stadt Dübendorf verlangt aber genau die Einhaltung solcher Betriebsauflagen von allen anderen Gewerbetreibenden und Gastronomen. Wir lassen diese für eine Betriebsbewilligung in Dübendorf sogar noch nachprüfen. Warum dies hier nicht gelten soll, ist für mich gegenüber der Bevölkerung nicht mehr begründbar. Wenn weiterhin notwendige Kultur-Bedürfnisse über die gültigen Auflagen für die Allgemeinheit gestellt werden, wird es zukünftig schwierig werden, von einer guten Vernetzung des Stiftungsrates mit der Politik zu reden. Dann müssen wir damit leben, dass hinter unserem Rücken eventuell bald von „Sauhäfeli und Saudeckeli“ geredet wird. Darum sollte es im Interesse aller Beteiligten liegen, dass dies mit offenen und ehrlichen Informationen wiederlegt werden kann. Mit den Antworten des Stadtrates zu meiner Interpellation ist dies auf jeden Fall sicher nicht geschehen.

Punkt 5

In der letzten Antwort Nummer 11 schreibt der Stadtrat tatsächlich, dass alle mit dem Kreditantrag erwähnten Bedingungen umgesetzt und eingehalten worden seien und führt zum Schluss aus: „Der Stadtrat wird sich mit der Stiftung Obere Mühle über die Begebenheiten auseinandersetzen und bei sich zeigender Notwendigkeit (...) den Gemeinderat offen informieren.“

Daher stelle ich dem Stadtrat heute offiziell noch eine mündliche Frage. Hat sich der Stadtrat mit der Stiftung Obere Mühle über die Begebenheiten wirklich kritisch auseinandergesetzt und wenn ja, sieht er wenigstens heute die Notwendigkeit ein, offen den Gemeinderat darüber zu informieren?“



Stadtrat Kurt Spillmann (SVP)

„Der Stadtrat wurde nun ja mehrmals direkt angesprochen. Leider ist der zuständige Ressortvorsteher heute Abend nicht anwesend. Ich übernehme die Stellvertretung, bin aber nicht dazu da, auf die mündliche Frage einzugehen. Deshalb werde ich dies so zur Kenntnis nehmen und die mündlich gestellte Frage wird selbstverständlich schriftlich beantwortet. Mehr kann ich Ihnen dazu nicht sagen.“

Allgemeine Diskussion

Flavia Sutter (SP/Grüne)

„Die in der Interpellation gestellten Fragen hat der Stadtrat aus meiner Sicht schon befriedigend beantwortet, darum möchte ich darauf nicht weiter eingehen. Trotzdem ist mir und meiner Fraktion eine Stellungnahme zu dieser Interpellation wichtig. Wenn ich den Interpellanten Marcel Berli richtig verstanden habe, ist für ihn eine gut funktionierende Wirtschaft in der Oberen Mühle nicht erwünscht. Ich für meinen Teil habe nur darauf gewartet, dass es in der Oberen Mühle ein richtiges Restaurant gibt, in dem man auch abends regelmässig essen kann. Zu einem Kulturbetrieb und zu geselligen Anlässen gehören auch gutes Essen und Trinken, da sind wir uns wahrscheinlich alle einig. Dass aber ein solch schöner Ort, mit solch tollen Räumlichkeiten zeitweise leer stehen soll, wenn nämlich keine Veranstaltungen stattfinden, finde ich unsinnig. Und warum soll man dem Wirt der Oberen Mühle, wer es auch immer ist, Beschränkungen auferlegen? Das macht doch keinen Sinn. Damit sind wir beim Thema Konkurrenz. Marcel Berli befürchtet, dass die neue Wirtschaft die umliegenden Restaurants konkurrenzieren wird. Dazu möchte ich sagen, dass für uns Kunden eine Konkurrenz unter den Restaurants ein Vorteil ist. Denn so sind sie gefordert, uns etwas zu bieten, was die anderen nicht haben. Konkurrenz belebt das Geschäft, wie man sagt! Zum Schluss möchte ich betonen, dass die Obere Mühle mit ihrem Gastrobetrieb auch für die Dübendorfer Vereine und Organisationen einen grossen Wert hat. An diversen, auch kleineren Anlässen, wird es geschätzt, dass man sich verpflegen kann und das soll auch so bleiben.“

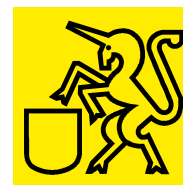
Orlando Wyss (SVP)

„Flavia Sutter hat wohl nicht ganz richtig zugehört, um was es hier bei dieser Interpellation resp. bei den Antworten gegangen ist. Es geht nicht darum, ob wir ein Restaurant gut finden oder nicht, sondern schlichtweg darum, ob Gesetze für alle gelten oder nicht. Auch geht es darum, ob sich der Stadtrat an das hält, was er in der Weisung verspricht oder nicht. Das waren die zentralen Fragen resp. das, auf was Marcel Berli bei seiner Antwort hingewiesen hat. Es geht wie gesagt nicht darum, ob wir an diesem Standort ein Restaurant haben oder nicht. Jeder Gewerbetreibende resp. Restaurantbetreiber kommt sich auf Deutsch gesagt „verarscht“ vor, wenn er selbst teure Auflagen erfüllen muss und gleichzeitig hier gemacht werden kann, was man will. Und dies noch mit der Genehmigung des Stadtrates.“

Andrea Kennel (parteilos)

„Ich habe Marcel Berli zugehört und finde es spannend, wie man Sachverhalte verdrehen kann, wenn man mit der Antwort nicht zufrieden ist. Ein Beispiel eines verdrehten Sachverhalts: Im Stiftungsrat sei die GRPK-Präsidentin. Nein, dem ist nicht so. Ich habe dort einen anderen Hut an, ich bin nicht als GRPK-Präsidentin im Stiftungsrat sondern als ganz normale Bürgerin. Die Aussage „die GRPK-Präsidentin ist im Stiftungsrat“ stimmt nicht. Ich bin Präsidentin des Stiftungsrats und als solche möchte ich Marcel Berli auch herzlich einladen, einmal vorbeizukommen. Dann können wir diese Sachen, die jetzt - vielleicht unbewusst - verdreht wurden, richtig stellen.“

Die Interpellation ist damit abschliessend behandelt und abgeschrieben.

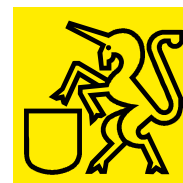


6. Interpellation Daniel Griesser (SVP) "Reinigung Grüngutbehälter" / Beantwortung GR Geschäft Nr. 48/2015

Stellungnahme

Daniel Griesser (SVP)

„Ich bin immer wieder von den Antworten unseres Stadtrates und den Abteilungen begeistert. Mit welcher Leichtigkeit wird Halbwissen an uns Parlamentarier und an die Bevölkerung weitergegeben. Ich möchte Ihnen, aber vor allem unserem Stadtrat, etwas Nachhilfe in Geschichte geben. Wissen Sie, weshalb der Abfall früher bei der Gesundheit angesiedelt war? Vermutlich nicht. Dies geschah, weil die Städte in Abfall ertranken und schreckliche Seuchen entstanden. Die Gesundheit der Menschen musste geschützt und der Abfall richtig entsorgt werden. Dies ist heute noch immer so. Deshalb gibt es zum Beispiel ein Umweltschutzgesetz oder eine Technische Verordnung über Abfälle (TVA). Aber auch in Dübendorf wird per Gesetz der Abfall geregelt. Nun möchte ich aber auf die Antworten des Stadtrats im Einzelnen eingehen. Der Stadtrat, resp. die Abteilung Tiefbau, hat in verschiedenen Städten und Gemeinden Erkundigungen eingeholt. Eigentlich gar nicht so schlecht. Aber was daraus interpretiert wird, ist ganz im Sinn von Winston Churchill, welcher meinte: „Trau keiner Statistik, welche Du nicht selbst gefälscht hast!“ In diesem Fall wird bemerkt, dass „alle anderen Gemeinden keine Container-Reinigung vornehmen.“ Die Umfrage ist weder repräsentativ noch vollständig. Aber hier passt es für den Stadtrat, dass andere Gemeinden dies ja auch nicht machen. Beim Innovationspark müssen wir Vorreiter sein und uns dem Mainstream entziehen. Neue Wege beschreiten. Der Stadtrat interpretiert, wie es ihm gefällt. Einmal Pioniergeist, beim nächsten Mal im Strom schwimmen, nichts Neues wagen. Gerade wie es beliebt oder dem Stadtrat in den Kram passt. Es ist richtig, dass im Artikel 11 der Abfallverordnung die Containerreinigung nicht aufgelistet ist. Es steht aber auch in keinem Gesetz und keiner Verordnung, dass ein Dübi-Award durchgeführt werden muss. Gemacht wird es trotzdem. Eine Reinigung kostet Fr. 15'000.00. Bei ca. 25'000 Einwohnern bedeutet dies 60 Rappen pro Einwohner und Jahr. Ein Schnäppchen für die Gesundheit unserer Bevölkerung. Oder nicht. Aber ab der nächsten Aussage des Stadtrats habe ich mich wirklich amüsiert. „Die Reinigung der Container - für welche der Grundeigentümer verantwortlich ist - kann auf den dafür vorgesehenen und bewilligten Vorplätzen erfolgen, welche über einen Schlamm- oder Ölabscheider verfügen.“ Meine Damen und Herren, Hand aufs Herz, wer von Ihnen hat zu Hause einen Ölabscheider einbauen lassen? Über diese Aussage kann ich doch nur staunen. Jetzt ist der Abfall beim Tiefbau angesiedelt und dort ist niemandem bekannt, wie viele Ölabscheider in der Stadt Dübendorf verbaut worden sind. Klar, in einer Tiefgarage mag dies eine Bauauflage sein. Sonst, alles Theorie. Die Praxis sieht nun einmal anders aus. Da wird auf dem befestigten oder unbefestigten Vorplatz ausgespült und gereinigt. Es ist aber auch nicht von Relevanz, ob über einen Öl- oder Schlammabscheider gereinigt wird. Per Gesetz ist es verboten, Küchenabfälle einzuleiten. Ob mit oder ohne Abscheider. Dieses Gesetz wurde zum Schutz der Bevölkerung vor Krankheiten erlassen. Sie können in Ihrem Grüngutabfall nebst Rüst- und Gartenabfälle auch Ihre Speisereste entsorgen. Und genau diese Speisereste sind das Problem. Haben Sie schon einmal in Ihren Grüngut-Container geschaut, nachdem er eine Woche an der Sonne gestanden ist? Seit Jahren ist die Verfütterung von Speiseresten in der Schweiz verboten. Der Grund sind Epidemien und Krankheiten. Heute erfolgt die Entsorgung ausschliesslich über Biogasbetriebe. Nicht ohne Grund muss ein Gastrobetrieb die Abfälle in dafür vorgesehenen Räumen und Gebinde lagern und spezielle Firmen mit der Entsorgung beauftragen, welche über eine Bewilligung des Veterinäramtes verfügen, was mit hohen Auflagen verbunden ist. Ich arbeite in einer solchen Firma. Geschätzter Stadtrat, vielleicht wäre es von Nutzen, wenn Ihr euch bewusst machen würdet, dass es sowohl im Parlament wie auch in der Bevölkerung wirkliche Experten gibt, bevor Ihr Antworten dieser Art verfasst. Ist nun ein Gesetz einzuhalten oder nicht? Darf ich jetzt meinen Kehricht in meinem Cheminée verbrennen, wenn es nur ganz wenig ist? Darf ich meinen Kehricht über einen Nicht-Gebühren-Sack entsorgen, wenn es nur ab und zu ist? Muss ich meine Steuern nur hin und wieder bezahlen? Lieber Stadtrat, es ist wie mit einer Schwangerschaft. Entweder man ist schwanger oder man ist es nicht. Nur ein bisschen schwanger geht nicht. Und genauso ist es mit



Gesetzen. Für 60 Rappen pro Bürger könnte der Stadtrat die Gesundheit der Bevölkerung schützen und zur Einhaltung der Gesetze beitragen. Und die Abfallrechnung trägt diesen Aufwand ohne weiteres. Vielleicht sollte einmal weniger ein Berater engagiert werden und das Geld für sinnvollerer genutzt werden.“

Stellungnahme Stadtrat

Keine.

Allgemeine Diskussion

Daniel Brühwiler (glp/GEU)

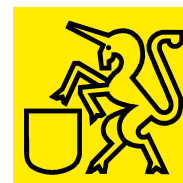
„Die glp/GEU-Fraktion begrüsst die klare Antwort des Stadtrates zu dieser Interpellation. Dies v.a. aus zwei Gründen:

- Die Schnittstelle zwischen den Aufgaben der öffentlichen Hand und den Aufgaben der Privaten ist klar und einfach. Die Privaten sammeln das Grüngut, die öffentliche Hand besorgt die Abfuhr und die Verwertung. Die einfache Schnittstelle ist die Containerleerung. Einfache Schnittstellen sind vorteilhaft und sollten nicht ohne Not verändert werden. Und im vorliegenden Fall gibt es keinen Grund, die Schnittstelle zu komplizieren.
- Alle Informationen zu den Grüngutbehältern liegen bei den Privaten: Sie wissen, wann ihnen ein Container zu schmutzig ist und deshalb eine Reinigung nötig ist. Und sie wissen, ob sie diese selber durchführen wollen oder ob sie einer dritten Partei einen Auftrag erteilen wollen. Eine Zwangsreinigung durch die öffentliche Hand ist da offensichtlich unnötig und verursacht unnötig hohe Kosten.

Vor diesem Hintergrund erstaunt uns der Absender der vorliegenden Interpellation. An einem völlig abwegigen Ort erwägt die SVP, die Aufgaben der öffentlichen Hand auszuweiten. Man könnte das leicht amüsiert zur Kenntnis nehmen, wenn diese Partei nicht regelmässig die Ausweitung der öffentlichen Aufgaben kritisieren und die Verantwortung dafür auf andere abschieben würde. So gerade wieder am 16. September durch den nationalen Parteipräsidenten in einem Interview im Tages-Anzeiger. Diese offensichtliche Doppelzüngigkeit amüsiert uns gar nicht. Zum Schluss noch ein Wort zur Begründung der Interpellation. Darin wird behauptet, dass diejenigen, welche die Grüngutbehälter selbst reinigen, gegen die Abfallverordnung verstossen, weil mit dem Abwasser der Reinigung Reste von Grüngut in die Kanalisation gelangen. Was gemäss Abfallverordnung verboten sei. Dieser Passus der Begründung ging mir kürzlich durch den Kopf, als ich zu Hause eine Reispfanne abwusch und danach feststellte, dass ein paar Reiskörner in die Kanalisation gelangten. Aha, dachte ich, ein Verstoss gegen die Abfallverordnung! Was läge jetzt näher, als beim Stadtrat einen Vorstoss einzureichen. Er solle jemanden vorbeischieken, der den Abwasch professionell und ohne Verstoss gegen die Abfallverordnung ausführt. Die anfallenden Kosten könnte man ja zur Abwechslung der Abwasserrechnung anlasten. Doch kommen wir zurück auf die ernste Schiene. Bis jetzt verstand ich den entsprechenden Abschnitt der Abfallverordnung so, dass man Abfälle nicht etwa das WC runterspülen darf oder dass man nicht den halben Containerinhalt via Schacht in die Kanalisation einleiten darf. Die Interpellation hingegen zieht die Abfallverordnung geradezu gewaltsam für etwas heran, wofür sie nicht gedacht ist. Und riskiert damit, dass die nächste Abfallverordnung noch ausführlicher wird, weil man solche Fehlinterpretationen vermeiden will. Eine Partei, die so oft gegen die Vermehrung der Vorschriften wettet, sollte deshalb bitte künftig solch haarsträubende Verwendungen einer Verordnung unterlassen.“

Daniel Griesser (SVP)

„Mich erstaunt es auch, aus welcher Ecke ein Einwand kommt. Genau aus dieser Ecke hätte ich dies nicht erwartet. Ihr habt euch ja auf die Fahne geschrieben, etwas für die Umwelt zu tun. Und wie gesagt, ein bisschen schwanger geht nicht. Entweder gibt es ein Gesetz oder eine Verordnung und man hat sich daran zu halten oder nicht. De jure ist es möglich, dass mich mein Nachbar anzeigen kann, wenn ich etwas in die Kanalisation leite. Es gibt ein Gesetz und darum ist dies möglich. Und was ich



am dramatischsten an dieser Sache finde ist, dass es ja nichts kosten würde. Und übrigens, Daniel Brühwiler, du darfst wirklich nicht deinen Abfall das Lavabo hinablassen.“

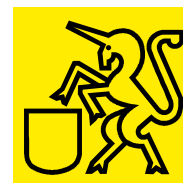
Die Interpellation ist damit abschliessend behandelt und abgeschrieben.

**7. Postulat Orlando Wyss (SVP) "Kündigungen Postfächer Dübendorf" /
Begründung und Überweisung
GR Geschäft Nr. 64/2015**

Begründung Postulat:

Orlando Wyss (SVP)

„Mit den Umbauplänen für die Poststelle Dübendorf 1 an der Wilstrasse wurde bekannt, dass der südliche Teil von Dübendorf während der Umbauzeit keinen Schalterbetrieb für die Postgeschäfte mehr haben wird. Dies haben grosse Teile der Bevölkerung mit Unverständnis zur Kenntnis genommen. Unser Gemeinderatskollege Stefan Kunz hat daraufhin eine Interpellation eingereicht, welche sehr viele mitunterschieden haben. Wäre es logistisch und zeitlich möglich gewesen, hätten wohl sämtliche Mitglieder des Gemeinderates seine Interpellation unterschrieben. Der Stadtrat hat sich mit diesem Problem auseinandergesetzt und ist in seinen Abklärungen zum Schluss gekommen, dass aus welchem Grund auch immer, keine andere Lösung möglich sei. Aber die Dübendorfer Bevölkerung könne sich auf zwei neue, topmoderne Poststellen in der Gemeinde freuen. Mit dieser Investition bekenne sich die Post zur Stadt Dübendorf und ihrer Bevölkerung. Meine Damen und Herren, dieses Bekenntnis der Post zur Dübendorfer Bevölkerung stellen wir aber sehr ernsthaft in Frage. Noch deutlicher ausgedrückt ist die Dübendorfer Bevölkerung zur Erkenntnis gelangt, dass nicht der Auftrag zur Umsetzung eines guten Service public beim Handeln der Verantwortlichen der Post im Vordergrund steht, sondern die Optimierung ihres Betriebsgewinns, welchen sie als Monopolist ohne Befürchtungen von Konkurrenzsituationen mühelos durchsetzen kann. In einer Nacht- und Nebelaktion hat die Post Dübendorf mitgeteilt, dass sie die Postfächer für die meisten ihrer Kunden nicht nur vorübergehend, sondern dauerhaft schliessen wird. Ein Postfach wird in Zukunft nur noch erhalten, wer den Postmanagern genehm ist. Dies betrifft sehr viele der Verantwortlichen von kleineren Firmen und vor allem der Vereine. Diese werden nämlich die Leidtragenden dieses Beschlusses sein. Eine Firma, gleich welcher Grösse, ist darauf angewiesen, dass sie ihre Postsendungen am Vormittag sehr früh zur Verarbeitung im Haus hat. Dies war bis jetzt gewährleistet, weil ein Vertreter der Firma vor Arbeitsbeginn bei der Poststelle vorbeigehen und das Postfach leeren konnte. Zukünftig müssen solche Firmen, welche nicht mehr postgenehm sind, bis gegen Mittag warten, bis ein Pöstler ihnen die Postsendungen vorbeibringt. Dies kann unter Umständen zu Verzerrungen des Geschäftsablaufs führen, welche sich sogar auf das Geschäftsergebnis auswirken könnten. Doch das interessiert die Monopolfunktionäre der Post nicht im Geringsten. Ein Verein hat die Abholung seiner Post geregelt und es kann durch bestimmte Personen des Vorstandes die Abholung der Postsendungen im Postfach vorgenommen werden. Aus diesem Grund gibt es auch vier Schlüssel für ein Postfach. Bei kurzfristigen Ferienabwesenheiten können andere Personen des Vorstandes die Postsendungen abholen. Dies war bis jetzt ohne Probleme machbar und wird mit dem neuen Regime für die Vereine unnötig kompliziert. Auch haben viele Vereine die Postfachnummer auf ihrem Briefkopf und auf ihren Couverts. Diese Vereine haben wegen der Postfachschliessung unnötige Kosten, welche sie nicht budgetiert haben. Doch das interessiert die Monopolfunktionäre der Post nicht im Geringsten. Wenn es einen logischen Grund für die Verringerung der Postfächer geben würde, könnte dies die Dübendorfer Bevölkerung noch verstehen. Wenn Kosten gespart werden könnten bei Aufrechterhaltung des Service public, wäre dies ja noch nachvollziehbar. Doch dies ist nicht der Fall. Sie wissen, meine Kolleginnen und Kollegen, dass ich elf Jahre Präsident des Gentlemen Grand Prix Dübendorf war.



Dieser Verein erhält während einer kurzen Zeit zweimal im Jahr massenweise Post, auch Retouren nicht angekommener Schreiben für die Anmeldung des Anlasses. Ich bin mir sicher, dass solche Sendungen nicht vom Postbeamten verteilt werden, sondern vom jetzigen Präsidenten bei der Poststelle abgeholt werden müssen. Es gibt ja für die Post nichts Effizienteres, als dass sie die Postsendungen in ein Postfach legt und nicht einem Postbeamten auf die Verteiltour mitgegeben muss. Wieso also macht die Post dieses neue Regime? Die Antwort war allen klar, welche das Schreiben mit der Aufforderung die Postfachschlüssel bis Ende August abzugeben, im Juli bekommen haben. Es wird eine Domizilzustellung angeboten, das heisst, ein Verein oder eine Firma ohne Adressangabe kann einen Empfänger bestimmen, welche diese Postsendungen erhält. Dies kostet zum jetzigen Zeitpunkt Fr. 20.00 und wird sicher bei der Erkenntnis, dass es nicht kostendeckend sei, nach oben angepasst. Und was noch interessanter zu erfahren war, ist die Ankündigung, dass man als nicht erwünschter Postfachkunde wie bisher ein Postfach mieten kann. Dies kostet dann aber in der Startphase Fr. 350.00 im Jahr. Auch hier natürlich ohne Garantie, dass diese Kosten so bleiben. Also sehen Sie, verehrte Damen und Herren, der Post geht es einzig und alleine um die Generierung von Zusatzeinnahmen. Um was es sicher nicht geht bei dieser Massnahme, ist die Aufgabe eines staatlichen Monopolisten, nämlich die Gewährleistung des Service public. Ich gehe davon aus, dass Sie als Volksvertreter und Interessenwahrer der Dübendorfer Bevölkerung, Firmen und Vereine mit mir einer Meinung sind, dass wir den Stadtrat von Dübendorf beauftragen sollen, bei der Post vorstellig zu werden, dass er diesen Leistungsabbau zulasten der Dübendorfer Bevölkerung verhindern soll. Ich bitte hiermit den Stadtrat von Dübendorf und im speziellen den Dübendorfer Stadtpräsidenten Lothar Ziörjen, sich mit gleichem Engagement für die Dübendorfer Bevölkerung einzusetzen, wie er das für das neue subventionierte Industriegebiet von Dübendorf auf dem Flugplatz Dübendorf gemacht hat. Aus diesem Grund bitte ich Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, das Postulat zu überweisen.“

Stellungnahme Stadtrat Kurt Spillmann (SVP)

„Der Stadtrat wird eingeladen und der Stadtrat wird dieses Postulat entgegennehmen. Der Stadtrat führt sowieso seit längerer Zeit Gespräche mit der Post. Somit haben wir mit diesem Postulat überhaupt kein Problem und nehmen es sehr gerne entgegen.“

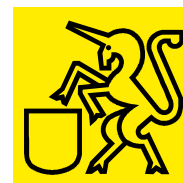
Allgemeine Diskussion

Daniel Brühwiler (glp/GEU)

„Zuerst möchte ich mein Erstaunen über den vorliegenden Vorstoss zum Ausdruck bringen. Denn streng genommen geht es um Geschäftsbeziehungen zwischen der Schweizer Post - als spezialrechtliche AG organisiert - und deren Kunden. Also eigentlich um private Angelegenheiten. Von Orlando Wyss habe ich in diesem Rat schon so oft aufgezählt bekommen, was die Privaten alles besser können als die öffentliche Hand. Und jetzt soll der Stadtrat - also die öffentliche Hand - ein Problem lösen, an dem er als Privater offenbar gescheitert ist. Man höre und staune. Betrachtet man die Begründung des Vorstosses etwas genauer, zählt sie genau zwei konkrete Probleme für die betroffenen Postfachkunden auf:

- Die meisten haben das Postfach auf ihrem Briefpapier aufgeführt. Das muss jetzt natürlich geändert werden mit entsprechendem Aufwand und Kostenfolgen. Das ist wirklich ein Problem und ich gebe zu, ich würde mich im ersten Moment auch ärgern. Aber nüchtern betrachtet handelt es sich dabei um ein Übergangsproblem; wenn man es gemacht hat, ist es vorbei. Ob deshalb wirklich gerade der Stadtrat eingreifen muss?
- Beim zweiten Problem geht es darum, dass die Leerung des Postfaches firmen- bzw. vereinsintern organisiert werden kann. So können z.B. Ferienabwesenheiten unbürokratisch gelöst werden. Für dieses Problem bietet die Post aber auch ohne Postfach Lösungen. Sozusagen per Mausklick kann man die Post umleiten, nachsenden oder zurückhalten lassen. Deswegen muss der Stadtrat sicher nicht aktiv werden.

Weitere konkrete Probleme der erfolgten Postfachkündigungen werden in der Begründung nicht genannt. Insgesamt ist für uns die Argumentation etwas gar dünn, um ein Eingreifen des Stadtrates zu



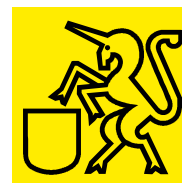
rechtfertigen. Deshalb werden wir die Überweisung des Postulates nicht unterstützen. Zum Schluss noch eine letzte Bemerkung zur Begründung des Postulates. Da wird die Post als Monopolist bezeichnet, der keine Konkurrenz zu befürchten hat. Diese Aussage ist nachweislich falsch. Die Post hat nämlich nur noch ein Restmonopol für Briefe bis 50g. Und auch dieses wird in Bern immer wieder in Frage gestellt; nicht zuletzt von der SVP-Fraktion im Bundeshaus. Daher ist die Post immer wieder zu Effizienzüberlegungen gezwungen – was ich übrigens persönlich gar nicht so schlecht finde. Dass jetzt für ein Postfach „ein gewisses Volumen“ vorausgesetzt wird, deutet stark auf Effizienzüberlegungen hin. Was aber in diesem Zusammenhang wieder sichtbar wird, ist die Doppelzüngigkeit der SVP: Die eine Zunge fordert in Bern die Aufhebung des Restmonopols der Post und die andere Zunge prangert im Gemeinderat Dübendorf wütend die Folgen davon an.“

Patrick Walder (SVP)

„Daniel Brühwiler hat sich jetzt zweimal über die SVP erstaunt gezeigt. Ich möchte es als Parteipräsident von Dübendorf nicht einfach darauf beruhen lassen. Darum möchte ich klarstellen, dass die SVP Dübendorf bzw. die SVP generell eben nicht grünliberal und nicht sozialliberal ist. Sie ist auch nicht nur liberal oder sozial, sondern sie ist eben eine Volkspartei. Und bei einer Volkspartei, wie es im Namen auch heisst, stehen wir ein für die Bedürfnisse, die vorhanden sind. Wir sind nicht nur fürs Sparen und nicht nur fürs Ausgeben. Wir sind nicht libertär und gegen den Staat, wir wollen aber auch keinen grösseren Staat. Wir wollen einen Staat, der die Aufgaben wahrnimmt, welche für die Bevölkerung zwingend notwendig sind. Wir sind bei beiden Themen, sowohl bei der Interpellation von Daniel Griesser wie auch beim Postulat von Orlando Wyss, der Überzeugung, dass dies eben etwas Notwendiges ist. Und bei dieser Notwendigkeit kommt der Staat zum Zug. Und dies soll er auch, das ist seine Aufgabe und dies fordern wir auch als Volkspartei.“

Andrea Kennel (parteilos)

„Parteilos kann auch von Vorteil sein. Wir sind vor den Wahlen, haben einen rechts-links-Hickhack - vor den Wahlen versuchen noch alle möglichst viel für ihre Sache zu sprechen. Zum Glück bin ich parteilos, so darf ich sachlich bleiben. Das ist auch die Politik, die mir mehr Spass macht, denn schlussendlich geht es doch um die Sache. Also, kommen wir zur Sache: Die Post hat keine leichte Aufgabe. Pöstlerinnen und Pöstler verteilen die Post unter - eigentlich unnötigem - Zeitdruck. Aus Spargründen werden die Anzahl Poststellen und auch weitere Leistungen reduziert. Es ist verständlich, dass in kleinen Gemeinden die Dienstleistungen der Post entsprechend abgebaut werden. Beim gegebenen Spardruck ist das nachvollziehbar. Doch Dübendorf ist keine kleine Gemeinde, die immer kleiner wird. Wir sind die viertgrösste Stadt im Kanton Zürich und wir sind im Wachstum. Darum ist es auch für mich und die SP/Grüne-Fraktion unverständlich, dass die Post in Dübendorf einfach so stark die Postfächer reduziert. Und dies ohne vernünftiges Alternativangebot. Das ist für mich kein Service public mehr, sondern erinnert mich eher ein wenig an das Bierkartell, welches wir eine gewisse Zeitlang hatten. Die Zusammenarbeit mit der Post ist für einzelne Vereine und KMU nicht sehr einfach. Man ist klein, hat durch das überhaupt kein Gewicht und muss schon froh sein, wenn man am Schalter überhaupt eine korrekte Auskunft bekommt. Meine Firma ging auch schon am Postschalter vorbei, musste sich nachher selber übers Internet schlau machen, um nachher am Postschalter zu erklären, was überhaupt möglich wäre. Ich kann mir vorstellen, dass es den Vereinen ähnlich ergeht. Darum finde ich es eigentlich gut und sinnvoll, wenn der Stadtrat im Namen der Vereine und vielen KMU in unserer Stadt entsprechend mit der Post verhandelt. Denn die Stadt hat mehr Gewicht und sollte Vereine und KMU in unserer Stadt auch entsprechend vertreten. Darum unterstützt unsere Fraktion dieses Postulat und hofft, dass der Stadtrat dieses Anliegen nachher auch mit entsprechender Kraft vertreten kann.“



Orlando Wyss (SVP)

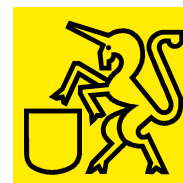
„Die Ausführungen von Daniel Brühwiler waren eigentlich fast etwas peinlich. Jeder hat gemerkt, um was es ging - ich hätte erzählen können was ich wollte, er wäre sowieso nach vorne gegangen. Inhaltlich waren seine Ausführungen völlig daneben. Denn, wer soll denn sonst im Zusammenhang mit einem Monopolisten, wie die Post einer ist (wir sprechen ja vor allem von der Briefpost), vorsprechen? Dies muss der Stadtrat machen und der Post mitteilen, was die Dübendorfer Bevölkerung eigentlich möchte. Dafür ist der Stadtrat die beste und auch die einzige Institution. Wenn der Stadtpräsident diese Aufgabe wahrnimmt, hat dies auch ein gewisses Gewicht. Es geht nicht darum, dass wir ein Monopol abschaffen wollen. Mir wäre es lieber, wenn wir mehrere Gesellschaften hätten, die die Post verteilen, diese haben wir aber nicht. Und solange wir nur eine Post haben, ist diese ein Monopolist. Und das ist das, was ich dir, Daniel Brühwiler, mitgeben möchte. Und noch etwas: Ich bin darauf angewiesen, dass ich am Morgen die Post bekomme, denn ich muss damit arbeiten können. Du, Daniel Brühwiler, bist vielleicht in einer geschützteren Werkstatt und bist darum nicht darauf angewiesen. Ich selbst wäre nicht sehr erbaut, wäre ich in Dübendorf und man würde mir einfach mein Postfach wegnehmen. Und darum dies als Hinweis, dass es Leute gibt, die mit dem Arbeiten Geld verdienen müssen.“

Tanja Boesch (EVP)

„Es ist nicht nur so, dass die Vereine und Firmen ziemlich unzufrieden mit der Post sind. Ich denke, jeder von uns hat schon Reaktionen auf die neue Lösung, die wir in Dübendorf haben, gehört. Einwohner, die am Morgen durch halb Dübendorf gegangen sind, um beim Bahnhof oben ihre Einzahlungen zu machen, mussten feststellen, dass die Post noch zu ist. Und wer bereits durchs halbe Dorf gegangen ist, möchte nicht noch weiterlaufen bis zur Kunklerstrasse. Dass sich beide Poststellen so nahe beieinander befinden ist auch nicht wirklich eine gute Lösung. Auch ist es nicht nachvollziehbar, wieso es eine Post nicht fertigbringt, wie bspw. eine Credit Suisse oder eine ZKB, im Zentrum einen Pavillon aufzustellen. Leider ist der Zug wahrscheinlich ja abgefahren. Dann kommt auch noch dazu, dass bspw. die Leerungszeiten der Briefkästen plötzlich wieder abgeändert werden, so dass jemand, der einen A-Post-Brief aufgeben möchte schon vor 9 Uhr beim Briefkasten sein muss und nicht mehr, wie dies bisher der Fall war, bis um 11 Uhr Zeit hat. In diesem Sinne wäre es wirklich sehr zu begrüßen, wenn der Stadtrat mit der Post den Kontakt beibehielte und sich dafür einsetzte, kundenfreundliche Lösungen zu finden.“

Abstimmung

Das Postulat „Kündigungen Postfächer Dübendorf“ wird mit 28 zu 7 Stimmen dem Stadtrat zur Berichterstattung und Antragstellung überwiesen.



8. Teilrevision der Sonderbauvorschriften für das Gebiet Giessen / Genehmigung GR Geschäft Nr. 59/2015

Referat KRL-Präsident Reto Heeb

„Zuerst zeige ich Ihnen anhand zweier Bilder (Zonenplan und Luftbild Google), um was es bei diesem Geschäft geht.

Kurzzusammenfassung des Geschäftes

Nach dem Erlass der Sonderbauvorschriften (SBV) Giessen wurden einige Projekte realisiert, welche vom ursprünglich vorgesehenen Nutzungs- und Bebauungskonzept in mehreren Punkten abweichen. Aus diesem Grund hat sich der Stadtrat entschieden, sich über den Standort und die Ausprägung des in den SBV festgehaltenen Quartierschwerpunktes (QSP) Gedanken zu machen und beantragt eine Teilrevision des Art. 21 der SBV.

Was ist bis jetzt passiert und wie kamen die Sonderbauvorschriften zustande

Am 19. April 1995 wurde eine Vereinbarung zwischen der Stadt Dübendorf und der Givaudan unterzeichnet, welche vorsieht, auf den betroffenen Grundstücken gemäss SBV und nicht nach der Bau- und Zonenordnung (BZO) dieses Grundstücke zu entwickeln. Am 18. März 1996 hat der Gemeinderat die SBV Giessen gutgeheissen

Am 24. September 1997 hat der Regierungsrat diese genehmigt. Dadurch soll es möglich sein, ein besonders gut gestaltetes Quartier mit Wohnnutzung (W1-W3) und Mischnutzung (M1-M3) zu entwickeln. Gemäss den gültigen SBV ist ein sogenannter Quartierschwerpunkt im Baubereich W2 vorgesehen. Auf dem Teilgebiet M3 wurde die AMAG Autowelt gebaut, auf dem Teilgebiet W3 eine Wohnbebauung, welche in Richtung Glatt ausgerichtet ist. Die Teilgebiete M1 und M2 wurden durch die Eigentümerin verkauft und ein Masterplan wurde erarbeitet. Dieser sieht vor, dass auf dem Teilgebiet M1 ein Hochhaus und auf Teilen von M1 und auf M2 eine Blockrandüberbauung umgesetzt werden sollen. Diese verdichtete Bauweise hat den Stadtrat dazu bewogen, sich Gedanken zu machen, ob der QSP immer noch am rechten Ort liegt, was ihn dann zu einer Teilrevision der SBV bewogen hat.

Teilrevision der Sonderbauvorschriften - Anpassung von Art. 21

Art. 21	Quartierschwerpunkt	von min. 2'632 m ² bis max. 2'900 m ² im
	^{Eine}	¹
1	Die Hälfte der Fläche des Teilbereichs W2 muss als Quartierschwerpunkt öffentlich zugänglich sein. Dieser Bereich kann in östlicher Richtung bis an die im Plan zu den Sonderbauvorschriften bezeichnete Linie verschoben werden.	
2	Die Gestaltung der öffentlich zugänglichen Flächen des Teilbereichs W2 ¹ ist nach den Weisungen der Baubehörde entsprechend den Vorgaben der Projektidee vorzunehmen.	
3	Die Kosten dieser Gestaltung werden von den Eigentümern der Teilbereiche W1, W2, W3, M2 und M3 getragen. Bei der Bewilligung von Bauten in diesen Bereichen wird eine anteilmässige Realisierung oder Sicherstellung verlangt.	

Antrag der Kommission für Raumplanungs- und Landgeschäfte (KRL)

Wir durften dieses Geschäft und weitere interessante Punkte zu diesem Geschäft mit Stadtpräsident Lothar Ziörjen besprechen und haben in der KRL einstimmig beschlossen, dieses Geschäft zu unterstützen.



Stellungnahme Mitglieder KRL

Keine.

Stellungnahme Stadtrat Dominic Müller (CVP)

„Im Namen des Stadtrates möchte ich der KRL ganz herzlich für die professionelle und speditive Zusammenarbeit danken. Für den Stadtrat ist dieses Geschäft ein wichtiger Schritt und es würde uns entsprechend freuen, wenn der Gemeinderat dem einstimmigen Antrag der KRL folgen würde.“

Allgemeine Diskussion

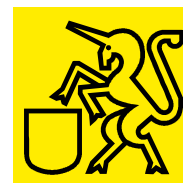
Keine.

Abstimmung

Die Teilrevision der Sonderbauvorschriften für das Gebiet Giessen wird mit 35 zu 0 Stimmen genehmigt.

Beschluss

1. Der Teilrevision der Sonderbauvorschriften für das Gebiet Giessen, vom 25. Juni 2015, bestehend aus dem Plan Massstab 1:2'000 und den Vorschriften (Art. 21), wird zugestimmt.
2. Die Teilrevision tritt nach der Genehmigung durch die Baudirektion des Kantons Zürich gemäss § 89 PBG und der entsprechenden öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.



9. Bürgerrechtsgesuche:

Der Gemeinderat fasst, gestützt auf Art. 29, Ziff. 4.12 der Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf vom 5. Juni 2005, die nachfolgenden Beschlüsse.

9.1. Mamudov Albert, mazedonischer Staatsangehöriger, und Mamudov Jasmina, montenegrische Staatsangehörige, sowie die Kinder Elisa und Eldin, Grundstrasse 14, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 50/2015

Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 28 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'900 Franken wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

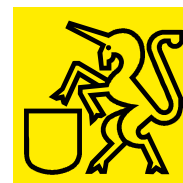
Name	Mamudov
Vorname	Albert
Geburtsdatum	18. Juni 1975
Geburtsort	Belgrad / Serbien
Staatsangehörigkeit	Mazedonien
Zivilstand	verheiratet
Beruf	Reinigungsmitarbeiter
Adresse	Grundstrasse 4, 8600 Dübendorf

und

Name	Mamudov
Vorname	Jasmina
Geburtsdatum	05. Mai 1970
Geburtsort	Berane / Mazedonien
Staatsangehörigkeit	Montenegro
Zivilstand	verheiratet
Beruf	Zimmermädchen
Adresse	Grundstrasse 4, 8600 Dübendorf

sowie die Kinder

Name	Mamudov
Vorname	Elisa
Geburtsdatum	23. März 2002
Geburtsort	Wattwil SG
Staatsangehörigkeit	Mazedonien



und

Name	Mamudov
Vorname	Eldin
Geburtsdatum	01. März 2006
Geburtsort	Uster ZH
Staatsangehörigkeit	Mazedonien

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

**9.2. Radisavljevic Dane, serbischer Staatsangehöriger, Langhagweg 7, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 51/2015**

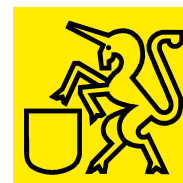
Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 25 zu 3 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Radisavljevic
Vorname	Dane
Geburtsdatum	04. Dezember 1982
Geburtsort	Cuprija / Serbien
Staatsangehörigkeit	Serbien
Zivilstand	ledig
Beruf	Selbstständiger Heizungsmonteur
Adresse	Langhagweg 7, 8600 Dübendorf
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.



**9.3. Wojtan Leszek, polnischer Staatsangehöriger, Alpenstrasse 58, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 52/2015**

Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 25 zu 4 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Wojtan
Vorname	Leszek
Geburtsdatum	02. Oktober 1973
Geburtsort	Starachowice / Polen
Staatsangehörigkeit	Polen
Zivilstand	getrennt
Beruf	Key Account Manager
Adresse	Alpenstrasse 58, 8600 Dübendorf

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

**9.4. Teixeira de Moura Patricia, brasilianische Staatsangehörige, Seidenstrasse 30, Wallisellen / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 53/2015**

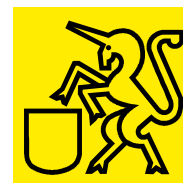
Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 26 zu 4 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Teixeira de Moura
Vorname	Patricia
Geburtsdatum	30. September 1986
Geburtsort	Goiana / Brasilien
Staatsangehörigkeit	Brasilien
Zivilstand	Geschieden
Beruf	Kaufmännische Angestellte
Adresse	Seidenstrasse 30, 8304 Wallisellen



2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

**9.5. Dauban Antoine und Céline, französische Staatsangehörige, Obere Geerenstrasse 16a, Gockhausen / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 54/2015**

Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 28 zu 3 Stimmen zu.

Beschluss

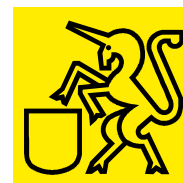
1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'900 Franken wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Dauban
Vorname	Antoine Tuan
Geburtsdatum	01. August 1968
Geburtsort	Paris / Frankreich
Staatsangehörigkeit	Frankreich
Zivilstand	Verheiratet
Beruf	Head Operations
Adresse	Obere Geerenstrasse 16a, 8044 Gockhausen

und

Name	Dauban
Vorname	Céline
Geburtsdatum	13. Januar 1968
Geburtsort	Courrieres / Frankreich
Staatsangehörigkeit	Frankreich
Zivilstand	Verheiratet
Beruf	Selbstständige Spielgruppenleiterin
Adresse	Obere Geerenstrasse 16a, 8044 Gockhausen

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.



10. Ersatzwahlen:

10.1. Ersatzwahl eines Mitglieds der GRPK (Austritt Pascal Scattolin) GR Geschäft Nr. 66/2015

Antrag Interfraktionelle Konferenz

Theo Johner (BDP)

Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Alexandra Freuler (SP/Grüne) zur Nachfolgerin von Pascal Scattolin zur Wahl in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission GRPK vor.

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Wahl

Da zum Vorschlag der Interfraktionellen Konferenz keine zusätzlichen Wahlvorschläge gemacht worden sind, erklärt die Gemeinderatspräsidentin Alexandra Freuler als gewählt.

10.2. Ersatzwahl eines Mitglieds der KRL (Austritt Sandro Bertoluzzo) GR Geschäft Nr. 67/2015

Antrag Interfraktionelle Konferenz

Theo Johner (BDP)

Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Andreas Sturzenegger (FDP) zum Nachfolger von Sandro Bertoluzzo zur Wahl in die Kommission für Raumplanungs- und Landgeschäfte KRL vor.

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Wahl

Da zum Vorschlag der Interfraktionellen Konferenz keine zusätzlichen Wahlvorschläge gemacht worden sind, erklärt die Gemeinderatspräsidentin Andreas Sturzenegger als gewählt.

10.3. Ersatzwahl eines Mitglieds der GRPK (Wechsel Steven Sommer mit Reto Steiner) GR Geschäft Nr. 72/2015

Antrag Interfraktionelle Konferenz

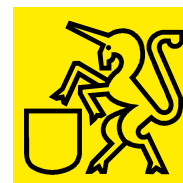
Theo Johner (BDP)

Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Reto Steiner (SVP) zum Nachfolger von Steven Sommer zur Wahl in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission GRPK vor.

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Wahl

Da zum Vorschlag der Interfraktionellen Konferenz keine zusätzlichen Wahlvorschläge gemacht worden sind, erklärt die Gemeinderatspräsidentin Reto Steiner als gewählt.



10.4. Ersatzwahl eines Mitglieds der KRL (Wechsel Reto Steiner mit Steven Sommer) GR Geschäft Nr. 73/2015

Antrag Interfraktionelle Konferenz

Theo Johner (BDP)

Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Steven Sommer (SVP) zum Nachfolger von Reto Steiner zur Wahl in die Kommission für Raumplanungs- und Landgeschäfte KRL vor.

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Wahl

Da zum Vorschlag der Interfraktionellen Konferenz keine zusätzlichen Wahlvorschläge gemacht worden sind, erklärt die Gemeinderatspräsidentin Steven Sommer als gewählt.

11. 1. Fragestunde im Amtsjahr 2015/16

Die Gemeinderatspräsidentin erläutert das Vorgehen. Insgesamt sind sechs Fragen eingereicht worden. Die Beantwortung erfolgt in der Reihenfolge des Eingangs. Die Ratspräsidentin weist darauf hin, dass die Begründungen der Fragen kurz zu halten sind.

1. Steven Sommer (SVP): Neuzuzügertag

„Im Glattaler vom 18. September 2015 konnten wir lesen, dass rund 3'500 Einladungen für den Neuzuzügertag verschickt wurden und rund 400 Personen daran teilnahmen. Was für mich persönlich sehr erfreulich ist und vor allem mag ich es allen Mitorganisierenden gönnen. Aber: Unser Sohn ist Ende Mai zur Welt gekommen und kaum zu Hause, flatterte schon die Einladung für den Neuzuzügertag ins Haus. Nach Recherchen ist dies bei anderen Eltern, die gerade ein Neugeborenes bekommen haben, auch der Fall. Zuerst dachte ich, ich melde ihn an mit der Frage, ob denn eine Kleinkinderbetreuung gewährleistet ist und sich die Eltern einen freien Tag gönnen dürfen.“

Fragen

1. Ist sich die Stadtverwaltung überhaupt im Klaren, wem sie eine Einladung zum Neuzuzügertag verschickt? Zudem wurde der Brief an unseren Sohn adressiert und nicht an uns Eltern.
2. Wie soll denn ein Säugling diese Formular ausfüllen bzw. nur schon den Brief öffnen?“

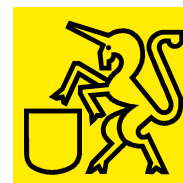
Stadtrat Kurt Spillmann (SVP)

„Hier ist ein Fehler passiert. Aufgrund eines Fehlers im Einwohneramt beim Bereitstellen der Versandliste sind die Einladungen leider nicht nur an die effektiv Neuzugezogenen, sondern auch an die Neugeborenen gegangen. Dieser Missstand wurde in Zwischenzeit behoben. Es ist doch aber auch eine nette Geste, wenn auch mal die Neugeborenen eingeladen werden.“

2. Ariane Egli (FDP): SKOS-Richtlinien

„Die Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren (SODK) hat eine erste Etappe der Revision der SKOS-Richtlinien abgeschlossen. Es wurden u.a. vier wichtige Änderungen vorgenommen, welche ab Anfang 2016 in Kraft treten:

- Grossfamilien: Der Grundbedarf wird bei Haushalten ab sechs Personen um Fr. 76.00 pro Person und Monat reduziert.



- Junge Erwachsene: Die Ansätze für junge Erwachsene bis 25 Jahre mit eigenem Haushalt werden von heute Fr. 986.00 um 20 % auf Fr. 789.00 reduziert.
- Sanktionen: In schwerwiegenden Fällen kann der Grundbedarf bis 30 % gekürzt werden. Damit besteht neu eine Bandbreite für Sanktionen von 5 bis 30 %.
- Integrationszulage: Mit der Integrationszulage (IZU) werden Leistungen anerkannt, die die Chancen auf eine erfolgreiche Integration erhöhen oder erhalten. Die minimale Integrationszulage (MIZ) wird abgeschafft.

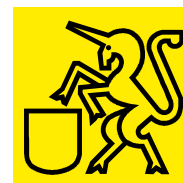
Fragen

1. Wird der Stadtrat die veränderten Richtlinien trotz Austritt aus der SKOS übernehmen? Wenn ja, per wann ?
2. Wie gross wäre die Entlastung des Budgets der Stadt Dübendorf infolge einer Übernahme der neuen Richtlinien (d.h. der Reduktionen)?
3. Voraussichtlich werden die Sozialkosten im 2016 auch in Dübendorf weiter steigen. Plant der Stadtrat eigene, weiter reichende Massnahmen, um den drohenden Kostenanstieg abzuwenden? Wenn nein, warum?
4. Angesichts der Kürzung um 20 % beim Grundbedarf für junge Erwachsene erhält man den Eindruck, dass noch relativ viel „Luft“ vorhanden ist. Wie steht der Stadtrat inhaltlich zu den (veränderten) Richtlinien? Sind diese genügend streng, um sämtliche der vieldiskutierten, bisherigen Fehlanreize (Bezug der Sozialhilfe anstatt zu arbeiten) in Dübendorf zu vermeiden? Falls nein, wo sieht der Stadtrat selber weiteres Sparpotential und was würde das in absoluten Zahlen bedeuten?
5. Wo steht die Dübendorfer Sozialhilfe nach dem Austritt aus der SKOS im Vergleich mit anderen Gemeinden im Bezirk Uster beziehungsweise im Kanton Zürich?“

Stadtrat Kurt Spillmann (SVP)

„Das sind ja gerade ein paar interessante Fragen, die mein Ressort betreffen. Dazu nehme ich gerne wie folgt Stellung:

1. Der Stadtrat wird die veränderten Richtlinien trotz Austritt aus der SKOS nicht übernehmen, denn die Zuständigkeit dazu liegt bei der Sozialbehörde. Selbstverständlich jedoch wird die Sozialbehörde am 1. Januar 2016 die veränderten Richtlinien übernehmen, denn diese sind im Kanton Zürich verbindlich und unabhängig von einer Mitgliedschaft anzuwenden.
2. Das gibt - wenn überhaupt - eine minimale Reduktion der heutigen Kosten bzw. Entlastung des heutigen Budgets. Haushalte ab sechs Personen gibt es in Dübendorf übrigens nur einen. Einsparungen gibt es höchstens durch die besseren Sanktionsmöglichkeiten gegenüber heute. Wenn überhaupt, können höchstens in diesem Bereich Kosten reduziert werden.
3. Wir sehen einen drohenden Kostenanstieg. Dies jedoch bei den vorläufig aufgenommen Ausländern und den anerkannten Flüchtlingen. Diese werden uns im Jahr 2016 beschäftigen. Einen Kostenanstieg erwarten wir hier, wie hoch dieser genau ausfallen wird, kann ich Ihnen dann in einem Jahr sagen.
4. Hier muss ich Ihnen sagen, dass diese Reduktion nur bei jungen Erwachsenen mit eigenem Haushalt relevant ist. In Dübendorf haben wir hiervon nur wenige Fälle. Die Unterstützung kann hier auf neu Fr. 750.00 reduziert werden. Übrigens die gleichen Ansätze, die wir bereits heute bei jungen Erwachsenen anwenden. Hier ist keine grosse Reduktion der Kosten zu erwarten, da sehr wenige Fälle in diese Kategorie fallen.
5. Ich kenne keine Gemeinde, die eine tiefere Sozialhilfequote als Dübendorf hat. Mit einer Quote von 1,2 % sind wir auf einem sehr tiefen Niveau. Wir machen auch etwas dafür. Wir betreuen die betroffenen Personen, beschäftigen sie und helfen ihnen wenn möglich, schnell wieder aus der Sozialhilfe herauszukommen. Ich kenne aber Gemeinden im Bezirk Uster, bei denen eine Erhöhung des Steuerfusses in Folge der exorbitant steigenden Sozialhilfekosten ein Thema ist. Dübendorf wird davon in den nächsten Jahren hoffentlich verschont bleiben.“



3. Patrick Schärli (CVP): Ticketautomaten

„Vor einiger Zeit war ich in der Rush-Hour mit dem Bus von der Kirche Wil in Richtung Bahnhof Stettbach unterwegs. Der Bus ist relativ pünktlich an der Haltestelle "Kirche Wil" eingetroffen. Jedoch hat er von da an sehr viel Verspätung in Kauf nehmen müssen, was dazu geführt hat, dass ich meinen Anschluss am Bahnhof Stettbach verpasst habe. Die Verspätung kam nicht etwa wegen Verkehrsüberlastung zustande, sondern weil an den Haltestellen "Kirche Wil", "Högler" und "Wasserfuren" etliche Fahrgäste ein Billett im Bus lösen mussten, da diese Haltestellen nicht mit Automaten ausgerüstet sind. Die drei Haltestellen mit Ticketautomaten auszustatten, würde nicht nur die Anschluss-Garantie an den Umsteige-Punkten "Sonnental" und "Bahnhof Stettbach" erhöhen, sondern auch den Verkehrsfluss auf der Höglerstrasse begünstigen, was vor allem zu den Stosszeiten ein Gewinn wäre und ein Ziel der Gesamtverkehrskonzeptes (GVK) unterstützen würde.

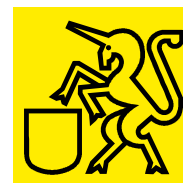
Fragen

1. Weshalb sind diesen Haltestellen nicht mit Automaten ausgestattet?
2. Was kann die Stadt Dübendorf unternehmen, um diesem Zustand Abhilfe zu verschaffen?
3. Wie stellt der Stadtrat die Kommunikation zwischen der Stadt und den Verkehrsbetrieben sicher?
4. Wie wird auf Wünsche der Stadt, die keinen direkten Mehrwert für die Verkehrsbetriebe haben, eingegangen?“

Stadtrat André Ingold (SVP)

„Besten Dank für diese vier Fragen, zu denen ich wie folgt Stellung nehme:

1. Wenn ich es richtig im Kopf habe, haben wir dies vor zwei bis drei Jahren einmal geprüft. Die VBZ und die VBG machen regelmässige Zählungen, wie viele Billette im Bus gelöst werden. Aufgrund dieser Messungen hat man klar gesagt, dass es an der Höglerstrasse im Moment keine Ticketautomaten geben wird. Ich nehme an, dass es an diesem Tag gerade ein unglücklicher Zufall war, dass viele, die sonst mit dem Auto unterwegs sind, den Bus genommen haben. Genau kann ich das jedoch nicht sagen.
2. Die Verantwortung des öffentlichen Verkehrs liegt bei mir, dh. bei der Abteilung Sicherheit. Wir sind ständig im Gespräch mit dem Marktgebietsverantworten der VBG wie auch der VBZ. Wir erhalten übrigens auch sämtliche Meldungen, die direkt bei der VBZ resp. der VBG eingehen. Zu diesen konkreten Problemen haben wir jedoch noch keine Anfrage erhalten. Wir werden die Thematik sicher an einer nächsten Sitzung wieder vorbringen und mit dem Marktgebietsverantwortlichen besprechen.
3. Wie bereits erwähnt sind wir in regelmässigem Kontakt mit den Marktgebietsverantwortlichen. Ebenfalls haben wir zwei Regionalverkehrskonferenzen (RVK), an denen alle gestellten Begehren besprochen werden. Dieser Kontakt ist recht gut, unter anderem auch, weil ich Präsident der RVK bin.
4. Grundsätzlich wird jeder geäusserte Wunsch geprüft und es werden Lösungen ausgearbeitet. Bspw. wurde so ein Ruftaxi als einfachste, beste und kostengünstigste Lösung eingeführt. Auch die Wirtschaftlichkeit wird für mögliche Lösungen herangezogen. Dübendorf leistet ja bereits heute schon einen jährlichen Betrag von Fr. 2'400'000.00. Je mehr in Sachen investiert wird, die nicht wirtschaftlich sind, desto höher werden auch die Beiträge für die Gemeinden, weshalb wir sehr vorsichtig sind. Wir werden aber diese Sache gerne mit der VBG prüfen und auf dich, Patrick Schärli, zukommen, falls wir etwas mehr wissen.



4. Hans Baumann (SP/Grüne): Alterspolitik, Altersleitbild

„Der Anteil der Bevölkerung im AHV-Alter nimmt schnell zu. Im Gegensatz zu anderen Städten vergleichbarer Grösse fehlt in Dübendorf eine Strategie zur Alterspolitik bzw. ein Altersleitbild. Von der Verwaltung haben wir aber gehört, dass sich bei der Stadt etwas tut.

Fragen

1. Wie weit sind die Arbeiten an einem Altersleitbild bzw. einer Strategie zur Alterspolitik?
2. Wird der Stadtrat ein solches dem Gemeinderat vorlegen und wann ist damit zu rechnen?“

Stadtrat Kurt Spillmann (SVP)

„Dübendorf setzt sich natürlich mit Interesse nicht nur für Familien und Jugendliche, sondern natürlich auch mit der älteren Bevölkerung auseinander. Darum hat der Stadtrat auch in seinen Legislaturzielen ganz klar festgehalten, was er in dieser Thematik im Sinn hat. Auch hat der Stadtrat frühzeitig erkannt, dass wir mit der älteren Bevölkerung gefordert sind, damit wir auch genügend Angebote und Platz für diese Personengruppe haben. Der erste Schritt des Stadtrates war, dass wir für alles, was stationär und ambulant ist, im Alters- und Spitexzentrum die nötigen Kapazitäten bereitstellen, um auch die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre genügend Platz zu haben. Weiter haben wir in den Legislaturzielen festgehalten, dass für die älteren Menschen ihren Bedürfnissen entsprechend ein Wohn- und Leistungsangebot in dieser Stadt besteht. Jetzt zur Frage von Hans Baumann. Wir haben im Moment kein Altersleitbild geplant. Wir werden jedoch voraussichtlich Mitte 2016 eine Anlauf- und Koordinationsstelle für Altersfragen im Stadthaus schaffen. Dies ist eine zentrale Anlaufstelle, welche sämtliche das Alter betreffende Fragen kompetent beantworten bzw. an die richtige Stelle weiterleiten kann. Im Juni 2016 wird diese Stelle in Betrieb sein. Vor ca. zehn Jahren wurde ein Altersleitbild, wie man dies allgemein kennt, mit diversen involvierten Stellen besprochen. Zum heutigen Zeitpunkt haben wir uns zuerst einmal für die erwähnte Anlauf- und Koordinationsstelle entschieden.“

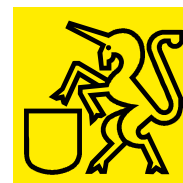
5. Patrick Walder (SVP): 30er Zone Birchlen-Quartier

„Im Zusammenhang mit der 30er-Zone Im Birchlen-Quartier, ohne den Beschluss zu werten, stelle ich folgende Frage:

1. Ist dem Stadtrat bewusst, dass die Dübendorfer Bevölkerung sich vermehrt gegen die 30er-Zonen ausgesprochen hat? Und wenn Ja, wie werden diese Volksentscheide gewichtet?“

Stadtrat André Ingold (SVP)

„Der Stadtrat gewichtet diese Volksentscheide immer noch sehr hoch. Der Stadtrat hat aber im Wahlkampf ganz klar gesagt, dass er gegen flächendeckende Tempo-30-Zonen ist, aber im Rahmen des Gesamtverkehrskonzepts vor allem im Bereich von Schulhäusern prüfen wird, ob Tempo-30-Zonen Sinn machen. Der Stadtrat kam zur Überzeugung, dass im Birchlen-Quartier eine Tempo-30-Zone Sinn macht. Nebst dem versuchen wir auch in der Kirchbachstrasse, so den Schleichverkehr einzudämmen.“



6. Gabriela Dunst (SP/Grüne):

Zustand des Stadthausplatzes

Ich habe davon gehört, dass es vor einiger Zeit einige Aufregung auf dem Dübi-Märt gab, da die Betreiber der Stände angewiesen wurden, ihre Stände nicht mitten auf dem Platz aufzustellen, da dieser sonst nachgeben könnte.

Fragen

1. Wie kam es zu dieser Anweisung an die Stand-Betreiber?
2. In welchem Zustand befindet sich der Platz vor dem Stadthaus?
3. Muss demnächst etwas unternommen werden, um die Stabilität des Platzes weiterhin gewährleisten zu können?

Stadtrat André Ingold (SVP)

„Als Vertreter von Martin Bäumle kann ich zu diesen beiden Fragen nur kurz das, was ich selbst weiss, beantworten. Bezüglich „Märt“ stimmt die Aussage von Gabriela Dunst. Die Hinterfüllung des damaligen Stadthausbaus wurde nicht sehr gut gemacht, dh. es liegen Matratzen und alte Fenster dort unten. Bereits vor ein paar Jahren ist ein Teil zusammengebrochen. Man hat jetzt Prüfungen (Druckproben) vorgenommen. Die Resultate liegen aber noch nicht vor. Sobald diese vorliegen gehe ich davon aus, dass der Stadtrat auch über allfällige weitere Schritte informieren wird. Mehr kann ich dazu nicht sagen.“

Einwände gegen die Verhandlungsführung

Gegen die Verhandlungsführung werden auf Anfrage der Gemeinderatspräsidentin keine Einwände eingebracht. Gemeinderatspräsidentin Jacqueline Hofer (SVP) macht abschliessend darauf aufmerksam, dass gegen die Beschlüsse wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden könne. Im Übrigen könne gegen die Beschlüsse, gestützt auf §151 Gemeindegesetz innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Beschwerde beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden.

Schluss der Sitzung: 20.50 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls

Beatrix Peterhans
Gemeinderatssekretärin



Eingesehen und für richtig befunden

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Jacqueline Hofer
Gemeinderatspräsidentin

Angelika Murer Mikolasek
Stimmenzählerin

Barbara Schori
Stimmenzähler

Gabriela Dunst
Stimmenzählerin